

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Erbblatt und Anzeiger).

Verlagsort:
Rieser
Sommer Nr. 20.
Postfach Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtskommission für die Verwaltung des Rieser Gerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Neichen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfach:
Rieser 1880.
Zirkel:
Rieser Nr. 22.

Nr. 19.

Samstag, 23. Januar 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2,24 einschließlich Postgebühr (ohne Zustellgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Störungen der Abgabe und Materialpreiserhöhungen behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Einzelpreis für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Bewährer für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 1 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 20 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; jeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Beste Letze. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Ringe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Bestellungen an die Redaktion, Rieser, 1880, Postfach Nr. 22. Abgabe der Bestellungen an den Verleger, Rieser, 1880, Postfach Nr. 22. Rotationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Postfach Nr. 22. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Rieser.

Frankreich brüskiert die Welt.

Noch schärfere Rede Laval's vor der Kammer. Wüste Deutschenhetze der Debatterer. — Mehrheit für Laval 51 Stimmen. Antwort des Reichskanzlers an Adolf Hitler.

Berliner Presseübernahmen gegen die unannehmliche Haltung Frankreichs.

Ein Teil der Berliner Presse beschäftigt sich mit den Auswirkungen der unannehmlichen Haltung Frankreichs in der Reparationsfrage auf die gesamte wirtschaftliche Lage der Welt.

Die Germania, die von Frankreichs Katastrophenpolitik spricht, bezeichnet die Gründe der französischen Regierung für ihre Unannehmlichkeit als keineswegs stichhaltig. Am allerwenigsten sei es der Hinweis auf die Erklärungen des Reichskanzlers, die lediglich durch Interpretation des Berliner Entschlusses die Arbeit der Konferenz vorbereiten und klären sollten. Gerade wenn sich die französische Regierung immer wieder auf den Wortlaut des Youngplans berufe, könne sie nach dem Willen der Berliner Beratungen die Konferenz mit keinerlei Vorbereitungen versehen. Frankreich würde sonst in der ganzen Kulturwelt als bewährter Friedensstörer angesehen werden.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung nennt die Verzögerung der Konferenz von Genéve nicht nur einen Schlag gegen Deutschland. Sie behauptet auch eine Verhärtung und Geringschätzung der ehemaligen Alliierten Frankreichs, das die englische Einladung nicht einmal beantwortet und den englischen Plan zurückgeschickt. Frankreich denke auch nicht daran, die Vereinbarung mit Amerika zu halten, die zunächst eine europäische Initiative vorließe, sondern es geriere die Einleitung einer solchen Initiative und erlaube sich sogar, im vollen Widerspruch zu dem Lausanne-Abkommen, bei Amerika wegen einer vorherigen Forderung in der Frage der Schuldentilgung vorstellig zu werden. Den Forderungen des italienischen Regierungschefs begegne es mit offenem Mißtrauen. Das Erstaunliche sei, daß sich die Welt, die unter den Folgen des französischen Nachkriegs leide, diese französische Haltung ruhig gefallen lasse.

Die außenpolitische Aussprache in der Kammer.

Paris. Die Kammer setzte am Freitag die Aussprache über die Außenpolitik der Regierung fort. Der Radikalführer Bergery ging von der Erklärung aus, daß die Haltung der Regierung bereits eine Auswirkung des Hittlerischen Druckes sei. Die Ausnutzung der deutschen Krise durch die Nationalsozialisten sei jedoch erst durch die negative Politik der französischen Regierung möglich geworden. Frankreich habe seit 15 Jahren Irrtümer über Irrtümer begangen. Voraussetzung für die Bezahlung von Schulden sei erstens, daß der Schuldner zahlungsfähig sei, zweitens, daß der Gläubiger Zwangsmittel zur Verfügung habe. Beide Voraussetzungen seien aber nicht gegeben. Zur Rückfrage stellte der Redner fest, wenn die französische Regierung der Ansicht sei, daß ein gerichtetes Frankreich in Europa größere Sicherheit gewähre, so bedeutet das eine Fortsetzung des Rückwärtsmarsches. Deutschland habe bis 1923 den Verfall der Weimarer Republik erlebt. Erst als der Kontrollauslaß abgeschafft worden sei, hätten die Geheimräte begonnen (?). Die einzige Möglichkeit, diesem Zustand ein Ende zu bereiten, sei die Wiederherstellung dieses Kontrollauslaßes, die jedoch nur dann zu verwirklichen sei, wenn sie sich gleichzeitig auf Frankreich ausdehne. Frankreich habe vor der Wahl, entweder eine positive Politik zu treiben, oder aber plötzlich vor ein Nichts gestellt zu werden.

Nach den Ausführungen des radikalsozialistischen Redners hielt

Ministerpräsident Laval

am Freitag nachmittags die mit Spannung erwartete außenpolitische Rede, in der er im wesentlichen die bereits in der Regierungserklärung gemachten Ausführungen wiederholte. Laval sollte einleitend der Politik und der Verhältnisse des Landes anerkennende Worte und erklärte: „Ich bleibe ein Anhänger seiner Politik und werde mich bemühen, sie weiterzuführen.“ Er gab dann einen Überblick über die vergangene deutsch-französische Politik von der Abwickelung ab und ging schließlich auf die letzten Ereignisse über. Er wies in zeitlicher Reihenfolge die Besprechungen auf, die der Reichskanzler in Berlin gehabt hatte. Am 5. Januar sei Francois-Poncet von Brüssel empfangen worden, der ihm erklärt habe, daß Deutschland nicht in der Lage sei, die Zahlungen wieder aufzunehmen. Am 7. Januar habe Francois-Poncet diese Erklärungen nach Paris gebracht. Am 8. Januar habe der Reichskanzler die gleichen

Erklärungen auch dem englischen Botschafter gegenüber abgegeben und am 9. Januar sei in London ein Telegramm eingelaufen, wonach der Reichskanzler erklärt habe, Deutschland zahle nicht mehr. Später habe man dieses Telegramm berichtet. Am gleichen Tage habe Frankreich protestiert. Am 14. Januar habe der Reichskanzler noch einmal den französischen Botschafter empfangen und ihm seine ersten Erklärungen wiederholt. „Nach diesen Erklärungen“ so fuhr Laval fort, „kann man sich über die Absichten der Reichsregierung nicht mehr im Zweifel sein. Brüssel annulliert zwar nicht den Youngplan; er erklärt aber, daß das Reich auf Jahre hinaus nicht zahlen kann. Frankreich wird niemals auf die Rechte verzichten, die ihm durch die Verträge zugesichert sind und die nur einen Teil der erlittenen Schäden wieder gutmachen. Diese deutsche These ist für uns unannehmbar. Laval verwies auf die Schlussfolgerungen der Baseler Sachverständigen, aus denen hervorgehe, daß Deutschland nach Überwindung der Krise einen großen Aufschwung erleide. Diese Schlussfolgerungen erwiderten sich, eine endgültige Neuregelung der Reparationsfrage zu verweigern, weil die Zahlungsfähigkeit des Reiches nicht nach der augenblicklichen Lage bemessen werden kann. Wir sind bereit, für die Periode der wirtschaftlichen Krise eine neue Abrede zu treffen, wir werden aber keinerlei Gebührenschnitten der Reparationen zulassen, wenn sie nicht durch eine gleichzeitige Herabsetzung unserer Schulden gegenüber Amerika ausgeglichen werden. Wir werden außerdem bei der Zahlung des ungeschätzten Teiles der Reparationen verlangen. Dies sind die neuen Opfer, die wir nach allen anderen bereit sind, zu machen. Bei den kommenden Verhandlungen kann nur die Rede von einem Moratorium sein. Deutschland darf nicht seinen eigenen Willen diktieren. Die deutschen Methoden haben bei uns keinen Einfluß. Sie stärken im Gegenteil das Gefühl der Würde und der nationalen Selbstständigkeit. (Großer Beifall auf den Bänken der Regierungsmehrheit.) Die Aufgabe, die sich Frankreich gestellt hat, kann nur erfüllt werden, wenn die Moral nicht aus den gegenseitigen Beziehungen ausgeschlossen wird.

In der Abbrüstungsfrage bleibt Frankreich bei seiner bisherigen Haltung, die sich auf den Völkerbundstakt stützt. Frankreich nimmt keine Improvisierungen an. Wenn alle Verträge beachtet werden, so ist eine Geringschätzung der Rüstungen möglich. Frankreich wird nicht nur das Beispiel seiner eigenen Abrüstung (?) nach West bringen, sondern positive Vorschläge machen, die vor allem in der Verwirklichung des Schiedsgerichtspaktes bestehen.

Als Laval darauf hinwies, daß Laval als Führer der Genfer Abordnung seinen bisherigen Vorgesetzten nur ungerne aufgegeben habe, und daß Frankreich keinen Besseren Vertreter habe wählen können, entstand auf der Bank der anhaltenden Partei. Abschließend erklärte Laval, daß Frankreich in der augenblicklichen Lage kaltes Blut und starken Willen brauche, um seine Aufgabe zu erfüllen. Er sei sich der Verantwortung wohlbewußt. Am Vorabend der Genfer Konferenz sei leider die Regierung nicht so zusammengekehrt, wie er es gewünscht hätte. Die Opposition forderte er mit erhabener Stimme auf, angesichts der schwierigen Lage alle parteipolitischen Gegensätze zu lassen und über die Parteien und über Persönlichkeiten hinweg sich im Interesse Frankreichs und des Friedens zusammenzuschließen.

Die Ausführungen des Ministerpräsidenten wurden auf den Bänken der Regierungsmehrheit mit anhaltendem Beifall begrüßt.

Laval wurde, als er die Rednertribüne verließ, von den Abgeordneten der Regierungsmehrheit stehend eine Huldigung dargebracht.

Nach Laval sprach der Abgeordnete Vergnes, der als ehemaliger Kriegsminister sich vor allem mit der Flottenabrüstung beschäftigte.

Ihm folgte der Abgeordnete Franklin-Douillon, der von vornherein erklärte, der Regierung nicht das Vertrauen auszusprechen zu können, da deren Erklärungen nur Negationen enthielten. Es handle sich heute um die Beziehungen Frankreichs zu seinen Feinden und nicht um die Beziehungen Frankreichs zu seinen einstigen Alliierten.

Mit 303 gegen 265 Stimmen wurde die Debatte zugunsten der radikalsten Tagesordnung abgelehnt. Die radikalste Tagesordnung stellt fest, daß das Kabinett Laval sich in der gleichen Zusammenkunft mit Ausnahme von Briand dem Parlament vorstelle, und bringe das Bedauern über das Auscheiden Briands zum Ausdruck.

Die Vertrauensfrage wurde von Simon, für die Laval die Vertrauensfrage stellte, ist von der Kammer mit 312 gegen 261 Stimmen angenommen worden.

Der Entschließungsantrag hat folgenden Wortlaut: Die Kammer lehnt die internationale Zusammenarbeit und die Organisation des Friedens tren. deren Grundriss die

Stütze vor den Verträgen ist. Sie stimmt der Regierungserklärung zu, drückt der Regierung das Vertrauen aus und geht ohne Zusatzantrag zur Tagesordnung über.

Der Eindruck der Lavalrede in Berlin.

* Berlin. In Berliner politischen Kreisen schließt man aus der ungewöhnlichen Schärfe, durch die sich die Rede des französischen Ministerpräsidenten Laval in der Kammer auszeichnete, daß man in Paris offenbar daran interessiert sei, die Gegenstände möglichst heranzuführen, hat einen Weg der Einigung zu suchen. In dem sachlichen Inhalt der Laval-Rede wird festgestellt, daß die französische Regierung einen formalen Rückzug auf den Youngplan angetreten hat und sich jetzt auf Formalien verweist, wogegen natürlich eine so engstirnige Auffassung über die — wie das Baseler Gutachten selbst sagt — „weitestgehende Bedeutung des deutschen Problems“ der wirklichen Sachlage nicht gerecht wird. Unter diesen Umständen hatte der französische Ministerpräsident am wenigsten das Recht, sich auf das Baseler Gutachten zu berufen, das ausdrücklich ein gemeinsames Handeln der Regierungen dringend fordert und an mehreren Stellen den Hinweis enthält, daß die Weltwirtschaftskrise durch die Tribüne und die internationalen Schanden zumwachsen weitestgehend beunruhigt wird. Gerade dies scheint jetzt die französische Regierung gestillt zu übersehen. Ein Rotatorium, wie es Laval beiseite gelassen will, könnte nur den Versuch einer Verschleierung, nicht aber eine Heilung der Krise bedeuten. Wie endlich Laval von Opfern sprechen kann, die Frankreich gebracht habe und noch zu bringen bereit sei, zumal die Pariser Regierung auf der Weiterzahlung der ungeschätzten Rate als dem in jedem Falle zu sichernden Reingewinn Frankreichs zu bestehen scheint, ist unerfindlich. Die Hinweise auf die Moral und der Vergleich mit Verträgen im Privatleben sind insofern abwegig, als selbstverständlich auch im Privatleben Verträge unannehmbar werden können, weshalb dann nach Recht und Billigkeit entschieden werden muß. Eine Einigung nach Recht und Billigkeit sei aber gerade das Verlangen der Reichsregierung.

Die Berliner Presse zur Laval-Rede.

|| Berlin. Die Rede des französischen Ministerpräsidenten Laval findet in der Berliner Presse fast durchwegs eine sehr kritische und ablehnende Beurteilung. In den Kommentaren aller Blätter kommt in mehr oder minder scharfer Form zum Ausdruck, wie wenig diese Rede geeignet sei, die gegenwärtige Krise zu überwinden.

Die „Germania“ hebt in der Rede nur eine Verschleierung der Tatsache, daß Frankreich jede Zahlungsmöglichkeit erlöschen sei und daß es mit dem Beigehören unverschämter Verträge im Trost der Armeenmäde einher marschiere. Man könne sich dem Eindruck nicht verschließen, daß die Aufrechterhaltung des Youngplans von Laval als eine innen- und außenpolitische Prestigefrage betrachtet werde.

Die „Post“ sagt, wie schwer der Weg zu einander zu finden und wie langsam zu durchschreiten sei, daß seine Laval-Rede. Aus der Gegenüberstellung der Taten ergebe sich, daß im Augenblick von einer internationalen Konferenz eine Überbrückung der Meinungsverschiedenheit noch nicht zu erwarten wäre. Mehr als eine Zusammenkunft werde dazu nötig sein.

Das „Berl. Tagebl.“ betont, es müsse Herrn Laval noch einmal mit Nachdruck versichert werden, daß nicht ein böser Wille auf deutscher Seite triebkräftig sei, sondern das einfache Nichtvermögen. Dieser Tatsache werde sich auf die Dauer auch die französische Regierung nicht verschließen können.

Der „Vorwärts“ bezeichnet die Rede als eine glänzende Bestätigung des Vorwurfs des Abgeordneten Forquet, daß die gegenwärtige französische Regierung eine rein negative Politik betreibe.

Die „Deutsche Wg. Ztg.“ sagt, die „zweite“ Kammerrede Laval's entwidere die gleichen Grundzüge wie vor ihm schon unzählige Ministerpräsidenten.

Die „Börsezeitung“ spricht von dem „Reichshandelsrat“, den Laval Deutschland zuwerfe. Frankreich habe alle Verhandlungen mit Deutschland für überflüssig und werde bereits offen um Bundesgenossen für seine Sanktionspläne.

Der „Tag“ steht ebenfalls in der Rede ein Zeugnis dafür, daß Paris keinesfalls gewillt sei, vom Geiß von 1919 abzusehen und dabei mitzuwirken, daß die in den Pariser Verträgen geschaffene Zerstückung Europas in „Sieger“ und „Besiegte“ beseitigt werde. Durch Wiederbelebung des Genfer Protokolls wolle Frankreich zum Gendarmen Europas werden; durch internationale Zustimmung wolle es in der Lage sein, zugleich Richter, Richter und Gerichtsvollzieher zu werden.